

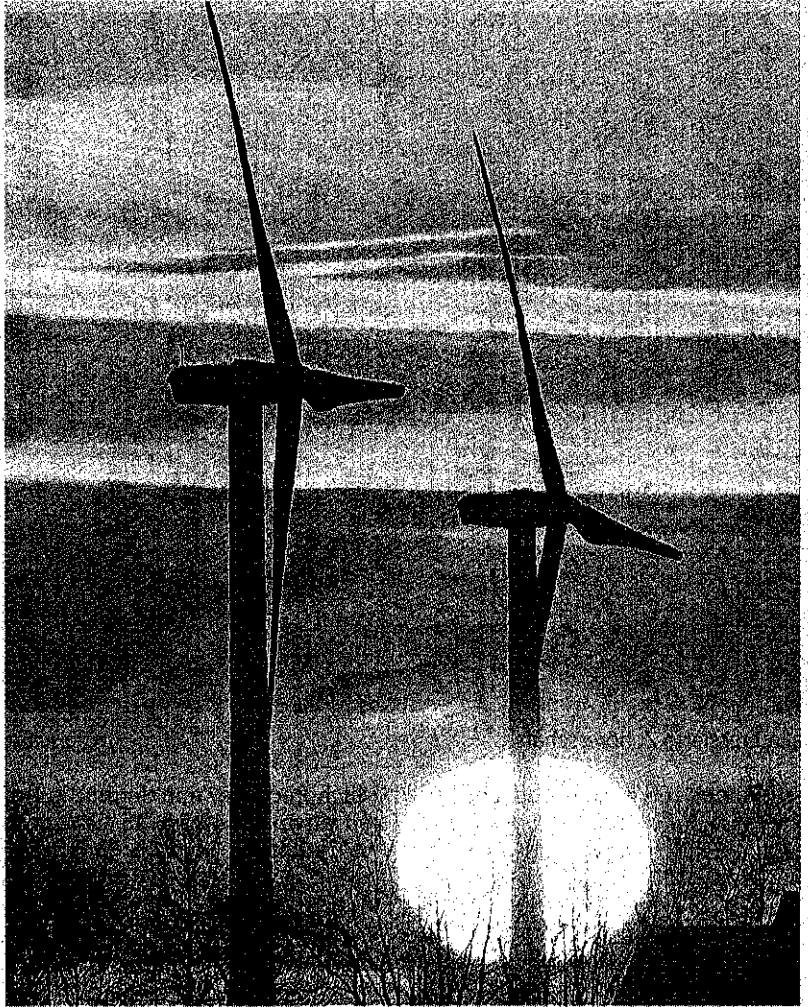
Kabel zum Windpark: Ja

Nur die CDU sieht einen Widerspruch zur Resolution

Bad Orb (in). Viele Detailfragen – vor allem aus Richtung der CDU – prägten die Debatte in der Ausschusssitzung am Donnerstagabend in Bad Orb. Thema war der Gestattungsvertrag, der es der Versorgungsservice Main-Kinzig GmbH erlauben soll, ein Stromkabel zu verlegen. Das Kabel – am Rand von Waldwegen verlaufend – soll den noch nicht genehmigten Windpark Flörsbachtal/Roßkopf an das Umspannwerk „Eiserne Hand“ anbinden. Der Gestattungsvertrag wird nun noch einmal im Sinne der Stadt überarbeitet. Dagegen sprach sich lediglich die CDU aus. Denn eigentlich geht es der Partei nicht um Detailfragen, sondern darum, den Betrieb von Windkraftanlagen im Spessart zu verhindern.

Außer der CDU positionierten sich alle Fraktionen für das Verlegen des Kabels – mit größtem Augenmerk darauf, dass der Wille der Nachbargemeinden, Windkraftanlagen zu bauen, respektiert werden sollte, die Region um Bad Orb allerdings davon verschont bleibt. Gast in der Ausschusssitzung waren der Geschäftsführer der Naturenergie Main-Kinzig GmbH, Oliver Habekost, und Juwi-Projektentwickler Volker Wilhelm. Sie zeigten sich, was die Ausgestaltung des Vertrags angeht, äußerst kompromissbereit. Habekost machte zudem deutlich, dass die kreiseigene Naturenergie GmbH keine Windkraftprojekte auf Bad Orber Gemarkung anstrebe, wenn das von der örtlichen Politik nicht gewollt werde.

Bernhard Acker (CDU) erinnerte an eine kürzlich vom Stadtparlament verabschiedete Resolution, in der Bad Orb die Forderung erhob, dass der Spessart frei von



Das Kabel soll den noch nicht genehmigten Windpark Flörsbachtal/Roßkopf an das Umspannwerk „Eiserne Hand“ anbinden.

FOTO: DPA

Windkraftanlagen bleibt. Eine Genehmigung für das Verlegen des Kabels wäre somit ein Widerspruch. Und schließlich sei auch das Verlegen des Kabels ein Eingriff in die Natur, der letztlich sogar das Prädikat Heilbad gefährden könne. Acker befürchtet auch, dass das Kabel dazu genutzt werden könne, weitere Anlagen anzubinden, die in der Nähe der Kurstadt entstehen könn-

ten. Das schlossen die beiden Gäste allerdings aus. Habekost: „Dieses Kabel öffnet nicht Tür und Tor für die Windkraftnutzung im Stadtwald.“

Juwi-Sprecher Wilhelm bekräftigte das: Der Projektierer könne es sich gar nicht leisten, ein dickeres Kabel zu verlegen, das die Anbindung weiterer Anlagen möglich macht. Das Kabel sei nur für den Windpark Flörsbachtal/Roß-

Ja zeichnet sich ab

Resolution „Keine Windkraft im Spessart“

kopf konfektioniert. Tobias Weisbecker (CDU) brachte die generelle Ablehnung seiner Partei zum Ausdruck: Der Widerspruch zu der Resolution „Keine Windkraft im Spessart“ lasse sich einfach nicht auflösen.

Ulrich Hofacker argumentierte aus Sicht der Gemeinden Flörsbachtal und Jossgrund. Dort sei eine klare Entscheidung für den Windpark getroffen worden. So sieht er das Ja zum Gestattungsvertrag als eine Art Hilfestellung.

Ausschussvorsitzender und FBO-Fraktionschef Ralf Diener sah seine Partei nach der zurückliegenden Stadtverordnetenversammlung als „Umfaller“ diskreditiert. Offenbar gab es Stimmen, die von der FBO eine klare Anlehnung des Kabels erwartet haben. Diener stellte klar, dass seine Partei die Windkraftnutzung lediglich in der Umgebung von Bad Orb ablehnt. Und damit habe das geplante Kabel nichts zu tun. Wäre Bad Orb kein Kurort, könnte sich Diener auch in der direkten Umgebung der Stadt Windkraftanlagen vorstellen. Denn: „Das ist besser als jede Form von Atomenergie.“

Von den Anlagen in Flörsbachtal verspricht sich Diener offenbar auch direkte Vorteile für die Stadt. Landrat Erich Pipa habe in Aussicht gestellt, die Ansiedlung einer Power-to-Gas-Forschungseinrichtung auf dem brach liegenden Gewerbegebiet Eiserne Hand zu forcieren. In einer solchen Einrichtung wird der Strom aus Windenergieanlagen in Gas umgewandelt und somit speicherbar gemacht. Gleichzeitig gebe es Überlegungen, eine Gastankstelle und ein Bus-Depot für die

Kreiswerke in dem Gewerbegebiet zu schaffen. Hermann Bellinger (FWG) signalisierte seine Zustimmung zu dem Gestattungsvertrag: „Wir sind froh, dass wir in Bad Orb keine Windkraftanlagen haben. Warum sollten wir dem Kabel also nicht zustimmen. Irgendwo muss der Strom doch hin.“ SPD-Fraktionschef Winfried Krämer brachte ins Spiel, dass die Stadt Bad Orb sich gegenüber den benachbarten Kommunen nicht als Lehrmeister aufspielen sollte. Dort sei der Windpark gewünscht und das müsse die Stadt Bad Orb respektieren. Das gute Verhältnis zu den Nachbarkommunen sollte nicht wegen eines Kabels aufs Spiel gesetzt werden.

„

Irgendwo muss der Strom doch hin.

Hermann Bellinger
FWG

Nachbesserungen im Gestattungsvertrag soll es beispielsweise in dem Punkt geben, dass die Versorgungsservice GmbH jederzeit die Wege mit schweren Fahrzeugen befahren darf. Hier soll eine vorherige Anmeldung erfolgen, wenn Wartungsarbeiten notwendig werden. Auch der Punkt, dass jederzeit Gutachten über das Areal, in dem das Kabel verläuft, erstellt werden können, bereitete den Ausschussmitgliedern Kopfzerbrechen. In diesem Punkt soll konkretisiert werden, dass es lediglich um Gutachten geht, die für das Verlegen des Kabels notwendig sind – nicht etwa um Gutachten für weitere Windkraftanlagen. Juwi-Sprecher Wilhelm machte deutlich, dass es sich bei dem Gestattungsvertrag um einen Standardvertrag handle, der in vielen Kommunen bereits zur Anwendung gekommen sei. Nirgendwo sonst seien die Regelungen in diesem Vertrag derart penibel hinterfragt worden.

Boßkopf an
FOTO: DPA

beiden
Habekost:
nicht Tür
ftnutzung

m bekräf-
ter könne
ein dicke-
as die An-
gen mög-
ei nur für
htal/Boß-